



Substanzielles Protokoll 176. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Freitag, 10. Dezember 2021, 14.00 Uhr bis 16.27 Uhr, in der Halle 9
der Messe Zürich

Vorsitz: Präsident Mischa Schiowow (AL)

Beschlussprotokoll: Sekretär Simon Kälin-Werth (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Matthias Wettach

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Tobias Baggenstos (SVP), Patrik Brunner (FDP), Guy Krayenbühl (GLP), Dr. Frank Rühli (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen

12. [2021/368](#)

Weisung vom 15.09.2021:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2022 (Detailbudgets und
Produktgruppen-Globalbudgets)

FV

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Persönliche Erklärungen:

Dr. David Garcia Nuñez (AL) hält eine persönliche Erklärung zum Informationsleck bezüglich Abschluss der Weisung GR Nr. 2021/177 «Klimaschutzziel Netto-Null 2040».

Samuel Balsiger (SVP) hält eine persönliche Erklärung zu den Klimaschutzzielen und zum «Klimawahn».

Geschäfte

4709. 2021/368

Weisung vom 15.09.2021:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2022 (Detailbudgets und Produktgruppen-Globalbudgets)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 175, Beschluss-Nr. 4709/2021).

Beschlüsse:

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT

Antrag 056.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Alan David Sangines (SP): *Die Medizinisch-Sozialen Ambulatorien bieten gynäkologische Sprechstunden an, die hauptsächlich von Migrantinnen genutzt werden, die in der Sexarbeit tätig sind. Der Hauptauftrag ist die Diagnostik und Behandlung von sexuell übertragbaren Krankheiten. Das Ziel ist, die Ansteckungskette in der Sexarbeit zu unterbrechen. Zum Angebot gehören ärztliche Sprechstunden und pflegerische Beratung im Bereich Gesundheitsprävention, aber auch die Triage zu spezialisierten Anlaufstellen, wie solche für Opfer von Menschenhandel, und Kriseninterventionen. Das Angebot hat eine riesige Nachfrage. Darum erhöhte das Gesundheitsdepartement die Ressourcen bereits im Jahr 2019 leicht. Die Erfahrungen zeigen aber, dass dies nicht ausreicht. So werden immer noch hunderte Frauen, die eigentlich zur Zielgruppe gehören, abgewiesen, weil die Ressourcen der gynäkologischen Sprechstunde nicht ausreichen. Wir frag-*

ten die Verwaltung, wie wir dafür sorgen können, dass weniger Frauen abgewiesen werden müssen: Der Mehrbedarf wird auf einen halben Tag zusätzliche Sprechstunden geschätzt. Dafür sind Kosten von 50 000 Franken nötig, die wir beantragen. Damit wollen wir sicherstellen, dass möglichst niemand der Zielgruppe bei diesem wichtigen Angebot abgewiesen werden muss.

Susanne Brunner (SVP): Eine Zielgruppe für ein kostenloses Angebot lässt sich immer finden und sie ist natürlich unbegrenzt. Die Mittel der Stadt sind hingegen begrenzt, wir stehen vor einer Defizitspirale und dadurch vor harten Einschnitten.

Weitere Wortmeldungen:

Elisabeth Schoch (FDP): Wir sind nicht dafür, dass generell Stellen geschaffen werden. In diesem Fall handelt es sich aber tatsächlich um eine Zielgruppe, die sehr unterprivilegiert ist. Daher stimmen wir mit der Mehrheit.

Nicolas Cavalli (GLP): Die gynäkologische Sprechstunde ist ein wichtiger Pfeiler in der Grundversorgung. Beim Antrag geht es nicht um einen massiven Stellenausbau, sondern um eine kleine Anpassung. Daher wechseln auch wir von der Enthaltung in die Zustimmung.

S. 235	30 3010 3010 00 000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Städtische Gesundheitsdienste Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
056.	Antrag Stadtrat			21 597 800	Minderheit	Susanne Brunner (SVP) Referentin, Johann Widmer (SVP)
			50 000	21 647 800	Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
					Enthaltung	Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung:	Mehrbedarf gynäkologische Sprechstunde (0,1 Stelle Ärztin und 0,2 Stellen Pflegefachperson)			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 057.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Susanne Brunner (SVP): Zürich tut sich immer gerne hervor, wenn es um das Ausprobieren von neuen Dingen geht. Man will Trendsetter in der Schweiz und die Gemeinde sein, die die Politik und die Agenda bestimmt. Beim Cannabis-Projekt haben wir etwas

vor uns, das einer Leistungsüberprüfung klassischerweise zum Opfer fallen würde. Die Minderheit schlägt vor, dass das Cannabis-Projekt in Gemeinden durchgeführt wird, die finanziell besser dastehen. Es gibt auch im Kanton Zürich Gemeinden, die ihre Steuersätze in diesem Jahr senken. Bei uns ist die Situation eine andere. Mit diesem Budget laufen wir auf ein riesiges Defizit zu.

Alan David Sangines (SP): Die Stadt will eine Studie zum regulierten Verkauf von Cannabis durchführen. Die Mehrheit begrüsst das ausdrücklich und ist der Ansicht, dass die Studie allen dient – unabhängig davon, ob man dem Verkauf von Cannabis kritisch oder offen gegenübersteht. Die Studie kann die Chancen und Risiken aufzeigen, um danach mit einer guten Datenlage entscheiden zu können, ob man Cannabis kontrolliert verkaufen soll oder nicht.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltsportaments Stellung.

STR Andreas Hauri: Die Mehrheit bekräftigt das wichtige Cannabis-Pilotprojekt. Beim Votum von Susanne Brunner (SVP) ging es einzig um die Kosten. Das Ziel mag also nicht verstanden worden sein. Es geht darum, dass wir Realitäten anerkennen. Wir wissen, dass zirka 100 000 Personen in der Stadt Zürich mindestens einmal im Jahr Cannabis konsumieren. Im Pilotprojekt geht es auch darum, dass wir die Präventionsarbeit aufgrund der Erkenntnisse verstärken können. Das bedeutet einen besseren Gesundheitsschutz und heisst auch, dass wir Kosten einsparen können. Die Kosten des Pilotprojekts sind mit einigen Patientinnen und Patienten weniger wieder gedeckt. Es geht nicht zuletzt um das Sammeln von Erkenntnissen, wie zukünftig eine kontrollierte Abgabe funktionieren wird; was auch dazu führt, dass der Stoff eine bessere Qualität haben wird. Es ist ein sinnvolles, überfälliges Projekt, das während Jahren in Bern hängt und das wir im nächsten Jahr endlich starten können.

S. 236	30 3010 3132 00 000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
		Städtische Gesundheitsdienste			
		Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
057.	Antrag Stadtrat			2 316 900 -812 300 N	Mehrheit
					Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP)
		500 000		1 004 600	Minderheit
					Susanne Brunner (SVP) Referentin, Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Verzicht auf das Cannabis-Projekt			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 058. und 059.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Alan David Sangines (SP): Bei diesen zwei Anträgen geht es um die Einmalzulage für die Angestellten der Spitex, die von der COVID-Pandemie insbesondere betroffen waren. Auch hier hätte die SP gerne eine Dankensprämie in der Höhe von 2000 Franken ausbezahlt; auch hier war die AL nicht bereit, 2000 Franken zu geben. Der Kompromiss ist wiederum eine Einmalzulage von 1000 Franken. Die SP nimmt den Kompromiss an, weil uns wichtig ist, dass auch die besonders betroffenen Mitarbeitenden der Spitex eine Dankensprämie erhalten. Wir ändern beim Antrag 058 den Betrag von 130 000 Franken auf 65 000 Franken und beim Antrag 059 von 1,9 Millionen Franken auf 950 000 Franken. Wir hoffen, dass möglichst viele im Rat das Zeichen der Wertschätzung unterstützen. Wir werden nun wieder hören, wie man nicht für eine Einmalzulage, sondern für die Verbesserung der Rahmenbedingungen ist. Die Prämie ist ein Zeichen der Wertschätzung – nicht mehr und nicht weniger. Sie ist kein Ersatz für andere Massnahmen, mit denen das Pflegepersonal gestärkt werden soll. Darum halten wir es für billig, wenn von der einen Seite hervorgebracht wird, dass Prämien nicht nachhaltig seien und dass die Rahmenbedingungen verbessert werden sollen. Man kann auch eine Wertschätzung sprechen und gleichzeitig die Rahmenbedingungen verbessern. Niemand sagt, dass statt einer Verbesserung der Rahmenbedingungen eine Prämie ausbezahlt werden soll. So funktioniert vielleicht die Ideologie in gewissen Finanzunternehmen, aber nicht von uns in der Stadt. Wir finden, man darf eine Wertschätzungsprämie auszahlen und dann auch die Rahmenbedingungen verbessern – entsprechende Anträge folgen.

Sven Sobernheim (GLP): Es geht um den gleichen Antrag wie vom letzten Mittwoch. Nichts hat sich an der Positionierung geändert, es geht nur um einen anderen Sektor im Gesundheitswesen. Daher beantrage ich immer noch, beim Stadtrat zu bleiben.

Weitere Wortmeldung:

Elisabeth Schoch (FDP): Auch wir sind der Meinung, dass es nicht die Aufgabe des Gemeinderats ist, Boni zu verteilen. Die Rahmenbedingungen müssen verbessert werden. Deshalb bleiben wir in der Minderheit und sind gegen die Verteilung der Gelder.

Einmalzulage: Betrifft die nachfolgenden Anträge Nrn. 58 und 59 sowie den Antrag Nr. 20 (BUG)

S. 238	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3010	Städtische Gesundheitsdienste			
	3634 30 000	Beiträge an öffentliche Unternehmungen für Pflegeleistungen der ambulanten Krankenpflege (Spitex)			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
058.	Antrag Stadtrat			2 860 500	Minderheit
					Sven Sobernheim (GLP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)
			65 000	2 925 500	Mehrheit
					Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
					Enthaltung
		Begründung:	Einmalzulage von bis zu Fr. 1000 für das infolge der Corona-Pandemie besonders belastete Personal, insbesondere in der Pflege		
					Walter Angst (AL)

Alan David Sangines (SP) beantragt für den Antrag der Mehrheit neu eine Erhöhung um 65 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 059.

Wortmeldungen siehe Antrag 058.

S. 238	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT				
	3010	Städtische Gesundheitsdienste				
	3636 30 000	Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck für Pflegeleistungen der ambulanten Krankenpflege (Spitex)				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
059.	Antrag Stadtrat			70 441 700 Minderheit	Sven Sobernheim (GLP)	
				-3 100 000 N	Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)	
			950 000	68 291 700 Mehrheit	Alan David Sangines (SP)	
					Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)	
					Enthaltung	Walter Angst (AL)
		Begründung:	Einmalzulage von bis zu Fr. 1000 für das infolge der Corona-Pandemie besonders belastete Personal, insbesondere in der Pflege			

Alan David Sangines (SP) beantragt für den Antrag der Mehrheit neu eine Erhöhung um 950 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 060. bis 065.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Die Mehrheit der RPK stellt Ihnen den Antrag, sowohl in der Produktgruppe (PG) der Alters- und Pflegezentren als auch beim Stadtspital Triemli und Waid Geld einzustellen, damit Überstunden durch zusätzliches Personal kompensiert werden können. Es ist nicht der Gesamtbetrag. Ein erheblicher Betrag wird aus den Rückstellungen aufgelöst, die jährlich gebildet werden müssen, wenn Überstunden ins nächste Jahr genommen werden. Hier sind nur die zusätzlichen Ausgaben betroffen.

Wenn die Umfragen des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner – im Jahr 2017 im Stadtspital Waid, im Jahr 2020 im Stadtspital Waid und Triemli – betrachtet werden, sieht man, dass die unregelmässigen Arbeitszeiten, der Stress am Arbeitsplatz und das Wechseln in temporäre Anstellungen mit sicheren Arbeitsplänen die Hauptthemen sind. Es ist der Arbeit des Schweizerischen Verbands des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) zu verdanken, dass die Themen in den Spitälern aufgegriffen wurden und der nötige Druck von Innen aufgebaut werden konnte, damit die in der Pflege dringend gebrauchten Veränderungen Wirkung entfalten können. Die Umfragen haben bereits eine Wirkung im Programm zur Stärkung der Pflege entfaltet, was zwingend ist, um den Personalmangel zu beheben. Wir stellen hier Geld ein, damit wir im Jahr 2022 nicht nur über Verbesserungen sprechen können, sondern auch die nötigen Mittel haben. Es geht um einen Bereich, in dem es unbestritten auch für die Stadt gut ist, wenn Überstunden nicht weiter angehäuft werden, denn sie bedeuten Mehrkosten. Dieses Geld kann sinnvoller eingesetzt werden und es ist notwendig, dass das Personal seine Arbeitszeiten planen kann und nicht dauernd für Zusatzschichten aufgebaut wird.

Johann Widmer (SVP): Geld auf Vorrat und die Schaffung von mehr Stellen, als der Stadtrat beantragt, sehe ich nicht. Offenbar meint die Mehrheit, dass der Stadtrat nicht richtig planen kann. Wir sind gegen die Stellenexplosion und gegen Rückstellungen auf Vorrat.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Die GLP steht hinter dem Projekt zur Stärkung der Pflege. Damit haben wir einen wichtigen Schritt in Angriff genommen, um uns grundsätzliche Gedanken zur Pflege zu machen und uns zu überlegen, wie wir das schaffen. Die GLP ist aber dagegen, im Budget Geld einzustellen für Personal, das wir wohl nicht finden können. Wir sind eine Gemeinde. Im Gesundheitswesen sind wir ein kleiner Player. Das gesamte Konstrukt Gesundheitswesen ist ein sehr wackliges. Wir warnen davor, Geld einzustellen und zu meinen, damit das Problem lösen zu können.

Elisabeth Schoch (FDP): Wie bereits bei den Polizistinnen und Polizisten sind wir auch hier dafür, dass Überzeit abgebaut werden kann – oder dass sie gar nicht erst entstehen soll. Wenn tatsächlich ein buchhalterischer Fehler besteht und nicht alle Stunden zurückgestellt werden müssen, sodass im neuen Jahr die Überzeit wieder abgebaut werden kann, dann sind wir dafür, dass das unterstützt wird. Wir werden also mit der Mehrheit die zusätzlichen Beträge einstellen. Das gleiche gilt für das Stadtspital. Unschön ist, dass in ein Globalbudget eingegriffen wird. Trotzdem sind wir dafür, dass genügend Geld eingesetzt wird, wenn nicht richtig gerechnet wurde, damit Überzeit anständig abgebaut werden kann.

Ernst Danner (EVP): Auf jobs.ch sind beim Stadtspital Zürich 124 Stellen ausgeschrieben, der grösste Teil betrifft Pflegefachpersonen. Das heisst, das bereits gesucht wird. Die Mittel sind vorhanden. Der Antrag beruht auf einem Denkfehler, weil es nicht an Geld fehlt, sondern an Personen, die sich bewerben. Wir sagen Nein zum Antrag, da er keinen Nutzen hat.

Julia Hofstetter (Grüne): Menschen in der Pflege arbeiten derzeit immer noch im Ausnahmezustand. Dieser dauert bereits einige Zeit an und auch ohne Pandemie war die Überlastung der Pflege ein grosses Thema. Die Gefahr besteht, dass die Mitarbeitenden ausbrennen und die Frustration der Pflegefachkräfte steigt. Dass wenigstens die Mehrstunden abgebaut werden können, ist zwingend notwendig. Es ist ein Versuch wert, diese Leute zu finden. Dafür braucht es genügend personelle Ressourcen. Die Grünen

wollen deshalb diese Stellenschaffung im Bereich Pflege zum Abbau der Mehrstunden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Die Gesundheitsinstitutionen konnten bisher beweisen, dass sie auch in dieser Krisensituation der Pandemie gute und qualitativ hochstehende Leistungen erbringen können. Es ist uns aber allen klar, dass die Pflegesituation sehr angespannt ist. Tatsächlich haben wir während den Wellen Überstunden aufgebaut, die zwischen den Wellen deutlich reduziert werden konnten. Viele Stellen nicht nur im Stadtspital, sondern in allen Spitälern und Gesundheitseinrichtungen in der Stadt und im Kanton, sind ausgeschrieben. Die grosse Herausforderung ist, wie wir die richtigen Leute finden. Wir arbeiten intensiv daran. Wir haben das Programm zur Stärkung der Pflege lanciert und sind da bereits relativ weit. Wir werden im Frühling nächsten Jahres die Ergebnisse präsentieren, wie wir die Situation für die Pflegemitarbeiterinnen und -mitarbeiter nachhaltig verbessern können. Das ist der richtige Ansatz. Es nützt wenig, Stellen zu schaffen, damit die Ausschreibungen in den Stellenportalen noch zahlreicher werden. Wir müssen, wollen und werden nachhaltige Verbesserungen einbringen.

S. 43	30 3020 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT				
		Pflegezentren				
		Pflege, Betreuung, Hotellerie				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
060.	Antrag Stadtrat			-4 699 400	Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Sven Sobernheim (GLP)
			1 000 000	-3 699 400	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
					Enthaltung	Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP)
		Begründung: Stellenschaffung im Bereich Pflege zum Abbau von Mehrstunden				

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 28 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 061.

Wortmeldungen siehe Antrag 060.

S. 63	30 3026 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Alterszentren Alterswohnen mit Pflege	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
061.	Antrag Stadtrat				-4 112 100 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Sven Sobernheim (GLP)
				200 000	-3 912 100 Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
					Enthaltung	Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP)
		Begründung: Stellenschaffung im Bereich Pflege zum Abbau von Mehrstunden				

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 28 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 062.

Wortmeldungen siehe Antrag 060.

S. 85	30 3030 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtpital Waid Stationäre Versorgung (inkl. Aus-, Fort- und Weiterbildung)	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
062.	Antrag Stadtrat				2 128 600 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Sven Sobernheim (GLP)
				900 000	3 028 600 Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
					Enthaltung	Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP)
		Begründung: Stellenschaffung im Bereich Pflege zum Abbau von Mehrstunden				

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 28 Stimmen (bei 0 Enthaltungen)

zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 063.

Wortmeldungen siehe Antrag 060.

S. 85	30 3030 PG 2	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtpital Waid Ambulante und teilstationäre Versorgung (inkl. Notfall)				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
063.	Antrag Stadtrat			1 245 200	Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Sven Sobernheim (GLP)
			400 000	1 645 200	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
					Enthaltung	Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP)
		Begründung:	Stellenschaffung im Bereich Pflege zum Abbau von Mehrstunden			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 28 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 064.

Wortmeldungen siehe Antrag 060.

S. 103	30 3035 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtpital Triemli Stationäre Versorgung (inkl. Aus-, Fort- und Weiterbildung)				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
064.	Antrag Stadtrat			2 964 400	Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Sven Sobernheim (GLP)
			1 900 000	4 864 400	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
					Enthaltung	Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP)
		Begründung:	Stellenschaffung im Bereich Pflege zum Abbau von Mehrstunden			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 29 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 065.

Wortmeldungen siehe Antrag 060.

S. 103	30 3035 PG 2	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtpital Triemli Ambulante Versorgung (inkl. Notfall)				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
065.	Antrag Stadtrat				6 584 800	Minderheit
				1 000 000	7 584 800	Mehrheit
						Enthaltung
		Begründung:	Stellenschaffung im Bereich Pflege zum Abbau von Mehrstunden			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 28 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 066. bis 069.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Alan David Sangines (SP): Diese Art von Anträgen gehören für mich persönlich zu den wichtigsten, weil sofort etwas erreicht werden kann, das eine massive Entlastung bringt. In der Pflege herrscht absoluter Notstand. Das Pflegepersonal ist am absoluten Limit, die Fluktuation ist hoch, die Überlastung massiv, und die Ausstiegsquote besorgniserregend. Allein in den letzten zwei Jahren Pandemie sind zirka zehn Prozent aller Pflegefachkräfte aus dem Beruf ausgestiegen. Hinzu kommt, dass der Markt an diplomierten Pflegekräften absolut ausgetrocknet ist und man kaum welche findet, auch wenn sie händeringend gesucht werden. Das Volk nahm die Pflegeinitiative deutlich an, trotz einem Gegenvorschlag, der 1 Milliarde Franken für den Pflegeberuf vorsah. Spätestens jetzt ist der Moment, in dem allen klar werden müsste, dass dringend Sofortmassnahmen ergriffen werden müssen. Sie sollten jetzt erfolgen und nicht erst in einigen Jahren, wenn die neu Ausgebildeten am Bett stehen. Auch die Stadt erkannte, dass die Unzu-

friedenheit im Stadtspital und unter den Mitarbeitenden sehr hoch ist. Es gibt einen offenen Brief des Personals mit klaren Forderungen, der von über 1000 Mitarbeitenden unterschrieben wurde und sich direkt an die Spitalleitung richtet. Es gab Gespräche zwischen dem Personal und den Leitungen und wenn mit Betroffenen gesprochen wird, wird klar, dass es ihnen reicht. Das muss uns alarmieren. Als grösste, reichste Stadt mit zwei öffentlichen Stadtspitälern kann es nicht sein, dass wir Personal haben, das am Anschlag ist. Dafür muss sich die Politik an der Nase nehmen. Das Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) hat das Programm «Stärkung Pflege» lanciert, das gewisse Verbesserungen bringen soll. Einige gute Ideen haben wir bereits gesehen, wie der Aufbau eines Springerinnen-Pools von Pflegefachpersonen. Das will das GUD aber mit bestehenden Stellen erfüllen, nicht mit zusätzlichen. Wir werden genau beobachten, wie sich das entwickelt und fordern den Vorsteher des GUD auf, notfalls zusätzliche Stellen für den Pool freizugeben, bevor Pflegefachpersonen abgebaut werden. Wir wollen die Pflegefachkräfte jetzt und sofort entlasten. Eine Sofortmassnahme ist die Entlastung der Pflegefachkräfte durch zusätzliche Unterstützung, einerseits durch das Stationssekretariat: Wir wollen auf jeder Station ein Sekretariat, das dem Personal bürokratische Arbeiten abnimmt, damit mehr Zeit für Patientinnen und Patienten bleibt. Wir wollen, dass auf drei Diplomierte mindestens eine Pflegeassistenz kommt. Im Moment müssen die überlasteten Diplomierten nicht nur zu viele Patientinnen und Patienten betreuen, sondern auch viele Aufgaben übernehmen, die eigentliche Assistenzpersonen übernehmen können. Kürzlich konnte gelesen werden, dass die Arbeitslosigkeit bei den Pflegeassistenten überdurchschnittlich hoch ist. Gleichzeitig sucht man händeringend nach Pflegefachkräften, die nicht gefunden werden. Die wenigen, die vorhanden sind, werden wie eine Zitrone ausgepresst, weil sie sich um alles kümmern müssen. Sven Sobernheim (GLP), Ernst Danner (EVP) und STR Andreas Hauri wiesen darauf hin, dass man die Stellen nicht besetzen kann. Hier geht es aber um Pflegeassistenten. Unser Antrag ist darum eine «Win-win-Situation». Die Arbeitslosigkeit von Pflegeassistenten wird reduziert und die Pflegefachkräfte werden durch die Unterstützung der Assistenten entlastet. Darum beantragen wir je eine Sekretariatsstelle für die 10 Pflegestationen im Waid und je eine Sekretariatsstelle für die 24 Pflegestationen im Triemli. Zudem wollen wir, dass im Schnitt auf drei Diplomierte eine Pflegeassistenz kommt, die aber auch flexibel eingesetzt werden kann, wenn man sieht, dass es auf einer Station ein 2:1 Verhältnis braucht oder weniger. Wir wollen, dass jetzt gehandelt wird. Die Kosten dafür sind 2,9 Millionen Franken auf der PG 1 im Waid beim Antrag 066. und 7,2 Millionen Franken beim Antrag 068. auf der PG 1 im Triemli. Dafür entfallen die Anträge 067. und 069. Mit den Anträgen sorgen wir dafür, dass parallel zur guten – wenn auch sehr unspezifischen – Idee des Programms zur Stärkung der Pflege jetzt eine Entlastung für die Pflegefachkräfte kommt. Es bringt nichts, wenn das Programm irgendwann umgesetzt wird und bis zur Umsetzung die verbleibenden Pflegefachkräfte im Stadtspital ausgebrannt sind.

Johann Widmer (SVP): Auch hier glaubt offenbar eine Mehrheit, dass der Stadtrat die Planung nicht im Griff hat. Neue Stellen werden geschaffen, die der Stadtrat nicht beantragt hat. Die Minderheit geht mit dem Stadtrat, weil die Anträge nichts bringen und der falsche Ansatz sind. Persönlich denke ich, wenn in einem Beruf das Geld der einzige Anreiz ist, ist dieser Beruf am Ende und es braucht ein totales Überdenken.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Mit sehr deutlichem Resultat wurde die Pflegeinitiative angenommen. Sie sagt, dass die Strukturen grundsätzlich verändert werden müssen und dass die Pflege gestärkt werden muss. Der National- und Ständerat legten einen Gegenvorschlag vor, mit dem möglichst schnell 1 Milliarde Franken ausgegeben werden sollte. Das lehnte das Volk bewusst ab. Es weiss, dass die Pflege am Anschlag ist und dass wir etwas investieren müssen. Ich und die GLP sind überzeugt, dass im Budget

keine Schnellschüsse gewollt sind. Das Programm «Stärkung Pflege» ist im Anmarsch. Wenn es dafür Geld braucht, kann der Stadtrat dies mit Nachtragskrediten gezielt beantragen. Es ist also nicht der Zeitpunkt, zu sagen, was jetzt das Richtige ist. Im offenen Brief ist das eine der möglichen Forderungen, die richtig ist und die wir umsetzen. Man muss aber auch bedenken, was mir von der Front mitgeteilt wurde: ein bestehendes Problem ist die Sprachbarriere. Viele von den als Pflegeassistenten Angestellten kommen aus Ländern, in denen die deutsche Sprache nicht die Erstsprache ist. Der diplomierte Pflegefachmann oder die diplomierte Pflegefachfrau ist also auch damit beschäftigt, zwischen der Person im Bett und der Assistentin zu übersetzen. Es ist ein vielschichtiges Problem und das Konstrukt Gesundheitswesen nicht so einfach, sodass man mit mehr Geld die Probleme einfach lösen könnte.

Walter Angst (AL): Die AL unterstützt die Anträge der SP. Es wurde ausgeführt, dass es der richtige Weg ist. Der Elefant im Saal ist die Spitalliste. Man hat Angst, dass der Kanton eingreifen wird, wenn mehr Geld ausgegeben wird. Das ist zu kurzfristig gedacht. Wenn wir Pflegepersonal finden wollen, müssen wir die Arbeitsbedingungen bei den Spitälern verbessern. Ein Weg wurde von Alan David Sangines (SP) aufgezeigt: Es kann Personal gefunden werden, das gerne arbeiten will, aber nicht angestellt wird. Bezüglich den Sprachproblemen haben wir in der Stadt die besten Voraussetzungen, um solche Fragen aufzufangen. Es braucht eine Bildungsoffensive und die Aktivierung von allen Leuten, die in der Schweiz leben und nicht arbeiten dürfen, weil sie die entsprechenden Papiere nicht haben. Das gehört zum Programm zur Lösung des Pflegenotstands. Darin müssen wir jetzt investieren. Ein weiteres Thema wird unterschätzt: Wenn die Leute einmal festgestellt haben, dass sie eine gemeinsame Stimme haben und Personalkommissionen schaffen und Forderungen unterbreiten, dann kann man einfach nichts tun und nur mit ihnen sprechen. Aber wenn wir die Forderungen im Ansatz aufnehmen wollen, dann braucht es Geld und dann muss die Stadt zugeben, dass die Institutionen unterfinanziert sind und der Pflegenotstand nur gelöst werden kann, wenn Geld in die Hand genommen wird. Dafür ist die Stadt da.

Elisabeth Schoch (FDP): Sobald ein Problem besteht, wird es mit Geld zugedeckt. Ich bin klar der Meinung, dass wir eine kompetente Geschäftsleitung haben, die gemäss Anforderungsprofil dafür da ist, das Spital gut zu führen. Der Stadtrat ist zuständig dafür, dass es dem Stadtspital und dem Personal gut geht. Wir sind der Meinung, dass wir dem Stadtrat und der Geschäftsleitung Zeit geben müssen, um mit einem guten Vorschlag zur Beseitigung des Notstands zu kommen.

Alan David Sangines (SP): Mit Interesse habe ich versucht, neue Argumente zu hören – leider haben wir nicht viel gehört. Ich weiss nicht, auf welchem Planeten Johann Widmer (SVP) lebt. Es geht hier nicht um Lohnerhöhungen. Die Pflegefachkräfte verlangen nicht mehr Lohn, sie fordern mehr Unterstützung. Elisabeth Schoch (FDP) meint, dass wir ein Problem wie immer mit Geld lösen wollen. Wenn ein Kräftemangel herrscht und das Personal am Anschlag ist und mehr Unterstützung fordert, dann kann das mit mehr Personal gelöst werden. Klar wird Geld eingestellt. Wir haben aber auch klar angegeben, was wir mit dem Geld machen wollen: Stationssekretariate, die bürokratische Arbeiten abnehmen, und mehr helfende Hände durch Assistenzen. Glasklarer kann das nicht formuliert werden. Auch über die Aussage von Sven Sobernheim (GLP), dass keine Schnellschüsse gemacht werden sollten, bin ich gestolpert: Inwiefern soll dies ein Schnellschuss sein? Ich empfehle, die eine oder andere Pflegefachperson zu fragen, welche Sofortentlastungen sie im Moment brauchen. Das ist typisch dafür, was von den Pflegenden und der Bevölkerung an der Politik kritisiert wird: Es wird auf ein Programm verwiesen, das später kommen soll, während auf jetzige Sofortmassnahmen verzichtet wird. Mir sagen die Pflegenden, dass die Sprache teilweise ein Problem sei, aber sie brauchen helfende Hände zum Waschen, Mobilisieren und Material tragen. Dabei ist es

dann egal, ob die Sprache beherrscht wird. Die diplomierte Pflegefachperson braucht Hilfe, wenn sie all diese Arbeit machen muss, bei der eine Assistenz helfen kann. Darum ist das Problem mit der Sprache eine Nebelpetarde, die weit weg von der Realität ist, wenn mit den Leuten an der Front gesprochen wird. Vom Programm «Stärkung Pflege» erhoffen wir viel. Was wir bisher gehört haben, ist auf der Metaebene. Online lesen wir, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gestärkt werden soll, dass neue Arbeitszeitmodelle eingeführt und mehr Ausbildungsstellen geschaffen werden sollen, dass eine gute Führungskultur gewünscht ist und dass sich die städtischen Institutionen durch Personalmarketingaktivitäten als ein spannendes Lern- und Arbeitsgebiet positionieren sollen. Das hört sich wie in einer Hochglanzbroschüre perfekt an, bringt jetzt jedoch nichts. Jetzt haben wir konkrete Vorschläge auf dem Tisch. Jetzt haben wir konkrete Probleme und überlastetes Personal, das den Pflegeberuf scharenweise verlässt. Es bittet jetzt um helfende Hände. Darum sollten wir das jetzt tun. Wenn das Programm schliesslich zeigt, dass die Ausgebildeten gefunden werden können, dann kann neu beurteilt werden, ob es die Assistenzstellen noch braucht. Bis zur Umsetzung aber und bis die neu Ausgebildeten am Bett stehen, vergehen Jahre. Denn die Stellen sind ausgeschrieben. Das Programm ist gut gemeint und wird gute Ansätze bringen – aber im Moment noch keine Entlastung.

Julia Hofstetter (Grüne): Wenn die Zeit knapp und die Arbeitslast ohnehin gross ist, können Administrationsaufgaben das Fass zum Überlaufen bringen. Die Pflegefachkräfte sollen sich auf die direkte Arbeit mit dem Menschen fokussieren können. Sie sollen administrative Unterstützung erhalten und sie sollen Arbeiten abgeben, die auch die Pflegeassistenten erledigen können. Die Schaffung von Stationssekretariaten und Pflegeassistenten sollen Erleichterung bringen. Pflegebedarf, Erfassungen, Materialbestellungen, Inventarverwaltungen, Administration von Ein- und Austritt – solche Aufgaben sind vielfältig und belasten zusätzlich. Der Druck auf Menschen, die in der Pflege arbeiten, ist gross. Ihr Anspruch, gute Arbeit zu machen, ist eindrücklich. Wenn es die Umstände aber unmöglich machen, die gewünschte Pflegequalität zu leisten, steigen die Arbeitsunzufriedenheit, die Kündigungsabsicht und die Anzahl Burnouts. Es muss alles getan werden, damit die Arbeitsbedingungen gut sind. Die Schaffung von Stationssekretariaten und von Pflegeassistenten sollen dazu beitragen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Eine starke Pflege ist unser aller Ziel. Wir haben eine starke Pflege, aber wir laufen in Gefahr, dass sie aufgrund der ganz grossen Belastung – insbesondere während der Pandemie – darunter leidet. Die Problematik der Pandemie belastet die Pflege zusätzlich. Aber man muss auch deutlich sagen: Jeder kann einen Beitrag leisten, damit die Pflege entspannter arbeiten kann, indem man sich drei Mal impfen lässt. Wir nehmen die Forderungen von den verschiedenen Seiten ernst und es wurden bereits verschieden Gespräche geführt. Die Meinungen zur richtigen Lösung gehen auseinander. Es ist nicht so, dass alle Mitarbeiter finden, dass Pflegeassistenten die grosse Lösung zur Entlastung sind. Bei den Sekretariaten arbeiten wir teilweise bereits an der Umsetzung. Mit dem Projekt «Stärkung Pflege», das wir übrigens nicht abhängig von der Pflegeinitiative machen, werden wir Verbesserungen bringen. Jetzt wird aber operativ direkt in den Spitalbetrieb eingegriffen, wobei der Nutzen aufgrund der Prozesse, die angepasst werden müssen und zusätzlichen Aufwand verursachen, noch völlig unklar ist. Wir werden mit dem Projekt alles gesamthaft analysieren. Jetzt mit Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten in den operativen Betrieb einzugreifen, bevor die Prozesse angepasst sind, macht aktuell keinen Sinn.

S. 85	30 3030 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtpital Waid Stationäre Versorgung (inkl. Aus-, Fort- und Weiterbildung)				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
066.	Antrag Stadtrat			2 128 600	Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP)
			2 900 000	5 028 600	Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
		Begründung:	Stellenschaffung (Stationssekretariate und 1/3 Pflegeassistentenstellen)			

Alan David Sangines (SP) beantragt für den Antrag der Mehrheit neu eine Erhöhung um 2 900 000 Franken (= Total der Verschlechterung von Antrag 066. und Antrag 067.).

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 067.

Wortmeldungen siehe Antrag 066.

S. 85	30 3030 PG 2	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtpital Waid Ambulante und teilstationäre Versorgung (inkl. Notfall)				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
067.	Antrag Stadtrat			1 245 200	Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP)
			900 000	2 145 200	Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
		Begründung:	Stellenschaffung (Stationssekretariate und 1/3 Pflegeassistentenstellen)			

Der Antrag 067. wird aufgrund des geänderten Antrags 066. hinfällig. Alan David Sangines (SP) zieht den Antrag 067. zurück.

Antrag 068.

Wortmeldungen siehe Antrag 066.

S. 103	30 3035 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtpital Triemli Stationäre Versorgung (inkl. Aus-, Fort- und Weiterbildung)				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
068.	Antrag Stadtrat			2 964 400	Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP)
			7 200 000	10 164 400	Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
		Begründung:	Stellenschaffung (Stationssekretariate und 1/3 Pflegeassistentenstellen)			

Alan David Sangines (SP) beantragt für den Antrag der Mehrheit neu eine Erhöhung um 7 200 000 Franken (= Total der Verschlechterung von Antrag 068. und Antrag 069.).

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 069.

Wortmeldungen siehe Antrag 066.

S. 103	30 3035 PG 2	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtpital Triemli Ambulante Versorgung (inkl. Notfall)				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
069.	Antrag Stadtrat			6 584 800	Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP)
			2 100 000	8 684 800	Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
		Begründung:	Stellenschaffung (Stationssekretariate und 1/3 Pflegeassistentenstellen)			

Der Antrag 069. wird aufgrund des geänderten Antrags 068. hinfällig. Alan David Sangines (SP) zieht den Antrag 069. zurück.

Antrag 070.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Der Stadtrat beantragte 413 000 Franken. Gegenüber der Rechnung 2020 sind das 241 000 Franken mehr. Die SVP will eine Verbesserung um 200 000 Franken im Bereich Lärmschutz und Umwelt; dort haben wir Budgetzunahmen von 50 000 Franken, beziehungsweise 180 000 Franken gegenüber der Rechnung.

Alan David Sangines (SP): Der Stadtrat hat die Lärmschutzstrategie zur Reduktion von Lärm verabschiedet. Dazu gehören Strassenlärm, Alltagslärm und Lärm beim Planen und Bauen. Dazu gehört aber auch, die Kommunikation mit der Bevölkerung zu intensivieren, was in diesem Konto enthalten ist. Eine Forderung des Klimastreiks war, dass die Stadtbevölkerung über die Ursachen und die existenzbedrohenden Folgen der Klimakrise informiert werden soll. Dieser Forderung kommt die Stadt nach und will die Bevölkerung entsprechend informieren. Das ist im Budget eingestellt, was die Mehrheit als sinnvoll erachtet.

S. 247	30 3045 3102 00 000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Drucksachen, Publikationen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
070.	Antrag Stadtrat			413 300 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP)
		200 000		213 300 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)
		Begründung: Keine Ausgaben für die Reduktion Lärmschutz und Klimaschutz			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 071.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Der Stadtrat verlangt ein Budget von 548 500 Franken. Das ist ein um 275 000 Franken höheres Budget gegenüber dem Jahr 2021. Gegenüber der Rechnung 2020 ist es sogar eine Verschlechterung um 300 000 Franken. Die SVP will eine Verbesserung um 280 000 Franken. Bei den Management-Services erfolgte eine

Budgetzunahme von 68 000 Franken. Bei der Umwelt ist es eine Budgetzunahme von 160 000 Franken, beim Lärmschutz 100 000 Franken.

Elisabeth Schoch (FDP): Wir sind auch für eine Kürzung, aber nicht mit dem gleichen Argument wie die SVP. Wir sind der Meinung, dass der massive Ausbau bei diesen Dienstleistungen zurückgehen sollte. Im Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz hatten wir bereits sehr viele Konzepte und es ist Zeit, die Leistung von Dritten langsam zurückzufahren.

Alan David Sangines (SP): In den letzten Jahren fanden landesweit Klimastreiks und Demonstrationen für mehr Klimaschutz statt. Unter anderem reichte die Jugendbewegung Klimastreik drei Forderungen beim Stadtrat ein. Dazu gehört, dass der Stadtrat den Klimanotstand ausruft und die Bevölkerung über die Ursachen der existenzbedrohenden Klimakrise informiert. Der Stadtrat versprach, beim Klimaschutz vorwärts zu machen. Darum ist der Ausbau auf diesem Konto notwendig. Die grössten Erhöhungen sind unter dem Budgetposten Umweltschutz zu finden. Die Mehrheit findet, dass die Stadt im Bereich Klimaschutz vorwärts machen muss. Ich finde es bemerkenswert, dass die FDP, die bei der Eröffnung des Budgets wiederholt betonte, wie wichtig ihr der Klimaschutz ist, bei diesem Konto sparen will. Dass der Klimaschutz etwas kostet, ist klar. Nichtstun wird für uns alle teurer. Klimaschutz gibt es nicht zum Gratistarif.

Weitere Wortmeldung:

Johann Widmer (SVP): Es ist wieder ein solcher Budgetposten, den es überhaupt nicht braucht. Klimaschutz für 500 000 Franken. Damit wollt Ihr die Welt und das Klima retten.

S. 247	30 3045 3130 00 000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Dienstleistungen Dritter			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
071.	Antrag Stadtrat			548 500	Mehrheit
		280 000		268 500	Minderheit 1
		274 300		274 200	Minderheit 2
		Begründung: Minderheit 1: Reduktion bei den Management-Services, Umwelt, Lärmschutz und Klima Minderheit 2: Grosser Ausbau nicht gerechtfertigt			
					Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Sven Sobernheim (GLP)
					Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)
					Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Severin Pflüger (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(548 500)	81 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(268 500)	15 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(274 200)	<u>16 Stimmen</u>
Total		112 Stimmen

= absolutes Mehr

57 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 072.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Hier geht es um die Honorare externer Berater, Gutachter und Fachexperten. Der Stadtrat beantragt 5,465 Millionen Franken. Gegenüber dem Budget 2021 sind es beinahe 600 000 Franken mehr. Gegenüber dem Jahr 2020 sind es 2,2 Millionen Franken mehr. Die SVP beantragt, 1,2 Millionen Franken zu kürzen. Betrachten wir, wo massiv erhöht wurde: Beim Energie-Coaching sind es 405 000 Franken, bei der Fernwärmeberatung und Diversen Abklärungen, Klimaschutz und Baubewilligungsverfahren sind es 160 000 Franken. Bei der Ernährungsstrategie sind es zusätzliche 282 000 Franken. Bei der Schulung städtische Verpflegungsbetriebe 250 000 Franken. Bei der ökologischen Beschaffung beträgt die Budgetzunahme 212 000 Franken.

Alan David Sangines (SP): Bei diesem Konto ist Geld eingestellt, um im Gesamtpaket Klimaschutz vorwärts zu machen, was in verschiedenen Bereichen angegangen werden muss. Dazu gehört auch die Fernwärme, das Energie-Coaching und die Ernährung.

S. 247	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz			
	3132 00 000	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
072.	Antrag Stadtrat			5 465 500 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP)
		1 200 000		4 265 500 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)
		Begründung:	Kürzung Klimaschutz Energie-Coaching, Fernwärmeberatung, Diverse Abklärungen, Klimaschutz, Baubewilligungsverfahren, Ernährungsstrategie und Schulung städtische Verpflegungsbetriebe		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
--

Antrag 073.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Markus Knauss (Grüne): Mit der Abstimmung am 28. November 2021 zum Richtplan haben wir nicht zum ersten Mal den Auftrag erhalten, innerhalb von zehn Jahren ein durchgehendes Veloweg-Netz zu planen und zu realisieren. Dafür braucht es unseres Erachtens mehr Stellen. Der Ablehnungsantrag wird auch von den Freisinnigen unterstützt. So konsequent, wie die FDP zu allen Vorstössen bezüglich Stellenerhöhungen, Weisungen und Planungen zur Veloförderung Nein sagt, muss ich sagen, dass Ihr sicher nicht für die Veloförderung seid. Severin Pflüger (FDP) zog letzten Mittwoch einen Vergleich zwischen der Anzahl Kühe auf einer Weide und der städtischen Verkehrspolitik. Der Vergleich ist so seltsam, dass er eigentlich falsch ist, aber ich kann dich sogar damit beruhigen. Im Richtplan schlug uns die Verwaltung ein Netz von 100 Kilometern Velovorzugsrouten vor. Der Gemeinderat ergänzte das Netz um 30 Kilometer. Wir haben also die Weide sehr viel grösser gemacht; diese zwei Stellen werden problemlos auf der grossen Weide Platz haben. Natürlich hat Sven Sobernheim (GLP) recht: mit Stellen allein ist es nicht getan. Die Velonetzplanung muss eine neue Priorität erhalten. Stellen tun aber gut, vor allem wenn der Stadtverwaltung mehr Aufträge erteilt werden. Natürlich muss sich die Verwaltung strukturell verändern. Alle möglichen Anwärterinnen und Anwärter auf den neuen Vorsitz im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED) sitzen heute hier im Saal. Sie können sich bis zu den Wahlen Gedanken machen, wie sie die Verwaltung umbauen wollen, damit das Velowegnetz innerhalb von zehn Jahren realisiert werden kann. Der politische Wille und das Geld sind da, das Personal nach heute Abend auch. Jetzt muss es vorwärts gehen. Wir modifizieren den Antrag: Es geht nicht um 400 000 Franken, es geht um 200 000 Franken. Denn es ist nicht realistisch, dass vier Stellen ab 1. Januar 2022 besetzt werden können.

Sven Sobernheim (GLP): Ich habe es bereits bei den Velo-Stellen der Dienstabteilung Verkehr (DAV) gesagt: Nachdem mit Unterstützung der GLP im Budget 2021 bereits viele Velo-Stellen geschaffen wurden, hiess es bei den Nachtragskrediten I. Serie im Sommer, dass eine der Velo-Stellen im Tiefbauamt (TAZ) unbesetzt sei und mittel- bis langfristig nicht benötigt werde. Was sich jetzt an der Situation geändert haben soll und warum die Forcierung von wichtigen Projekten nicht vorangetrieben werden kann, ist für die Minderheit nicht ersichtlich. Aus Sicht der GLP sieht man beispielsweise daran, dass Projektleitende sich mit dem Projekt Rosengarten beschäftigten, dass wir im TAZ Ressourcen verschwenden. In Zürich werden auch immer noch Projekte aufgelegt, die es schaffen, von allen Seiten Ablehnung zu provozieren: Ich selbst bin am Rekurs gegen die erste Velovorzugsroute nicht beteiligt, aber viele in diesem Rat sind es. Wird die Situation besser, wenn zwei Stellen mehr das Projekt planen? Wir glauben nicht daran. Es hat genügend Stellen, es hat genügend Geld. Die Frage ist, was wir und das TAZ daraus machen. Ich bin optimistisch und hoffe, dass wir einen grossen Schritt vorwärts machen können. Das ist aber nicht von den zwei Stellen abhängig, die auf einem ausgetrockneten Markt gesucht werden sollen. Abgesehen von zwei Veloexpertinnen, die noch in Büros arbeiten, die für uns Projekte realisieren, sind bereits alle in der Region Zürich wohnhaften Velospezialistinnen und Velospezialisten beim TAZ angestellt. Vielleicht müssen wir die Leute bald mit einer Prämie von Bern hierherholen.

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): Ich bin froh, dass nur zwei Stellen gefordert werden. Wenn beschleunigt werden soll, dann muss die Organisation in der Stadtverwaltung gestrafft werden. Zwei Personen müssen entlassen werden, dann arbeiten die anderen effizienter.

Severin Pflüger (FDP): Markus Knauss (Grüne) meinte, dass alle Anwarter für das TED hier im Saal sitzen. Ich habe mich umgesehen und weder Dominik Waser noch STR Karin Rykart gesehen und mir fiel ein Stein vom Herzen. Interessant ist, dass Sven Sobernheim (GLP) und ich das gleiche Argument haben – aber er hat recht und ich nicht. Ich glaube, es bleibt so: Die Velowege sind geplant und ich weiss von Gemeinderäten, die in der Beratung zu den 100 Kilometern Velowegen mit GoPro-Kameras durch die Stadt fuhren und schauten, wo Probleme bestehen. Die Arbeit wurde gemacht. Ich glaube eher, dass der Antrag seinen Ursprung darin hat, dass man für zwei Mitarbeiter des Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) eine Anstellung in der Stadt sucht.

Stephan Iten (SVP): Damals wurden von Euch sechs Velo-Stellen gefordert, damit das Veloroutennetz schneller realisiert wird. Der Stadtrat meinte, er arbeite bereits daran und brauche nicht mehr Stellen. Zwei Stellen wurden ihm aufgezwungen und es ging immer noch nicht schneller. Dann kam eure Initiative und der Bevölkerung wurde versprochen, dass wir in zehn Jahren das Veloroutennetz haben. Der Stadtrat forderte nach der Initiative die letzten vier Stellen. Das reicht immer noch nicht, es geht euch immer noch nicht schnell genug. So wurde noch eine Stelle in der DAV geschaffen, um gelbe Farbe auf den Boden zu malen und jetzt wird nochmals eine Stelle im Tiefbauamt gefordert. In Zukunft sollten Initiativen lanciert werden, die der Stadtrat umsetzen kann, ohne dass Klientel-Arbeitsplätze geschaffen werden müssen.

Ernst Danner (EVP): Wir sind die einzige Partei, die dem Verkehrsrichtplan zugestimmt hat und jetzt zu den vier zusätzlichen Stellen Nein sagt. Der Antrag ist fürs Publikum. Mit diesen Stellen entstehen die Velowege nicht schneller und sie werden nicht besser. Ich biete mich an, der Verwaltung gratis ein paar Tipps zu geben, wo Verbesserungen angebracht werden können. Das käme günstiger, als vier neue Stellen zu budgetieren.

S. 257	35 3515 3010 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
		Tiefbauamt				
		Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
073.	Antrag Stadtrat			34 176 900	Minderheit	Sven Sobernheim (GLP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)
			200 000	34 376 900	Mehrheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
					Enthaltung	Walter Angst (AL)
		Begründung: Schaffung von 2 Stellen zur beschleunigten Realisierung des Veloroutennetzes (Erstellung bis 2030), insbesondere für Planung und Abstimmung der Projekte				

Markus Knauss (Grüne) beantragt für den Antrag der Mehrheit neu eine Erhöhung um 200 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 074. und 075.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Flurin Capaul (FDP): Das Projekt «Brings uf d'Strass!» sorgte für viele Diskussionen während dem Sommer 2021. Wir von der FDP lehnen die erneute Durchführung aus drei Gründen ab: Dem Gewerbe wurde geschadet, das Projekt verursachte absurde Kosten bei wenig Nutzen und die Partizipation ist nur zum Schein, denn niemand will es. Alexander Brunner (FDP) und ich waren vor Ort und sprachen mit dem Gewerbe. Wir tauschten uns mit vielen Betroffenen aus und fragten, was Sache ist. Zum Teil gab es wütende Reaktionen. Unzureichende Information war ein Vorwurf. Man beklagte bittere Umsatzrückgänge und mangelnden Einbezug. Es war so ausgestaltet, dass kommerzielle Nutzungen vorweg ausgeschlossen wurden. Anstatt einer Praxis wie im Ausland, mit der Flanieren, Bestuhlung und die Belebung mit Einbezug des Gewebes möglich ist, wurde hier nach dem Motto «die Stadt killt Lädeli» vorgegangen. Im Gegensatz zu den meisten im Raum, organisierte ich an der Fritschiwiese in Wiedikon einen Anlass. Wir stellten eine Art Protestgrill auf die Beine und hatten per Zufall sogar einen Stargast: STR Richard Wolff. Er hatte Freude, das etwas lief. Es war eine Luxuslösung. Es gab einen schönen Grill und zwei mit Code gesicherte Gartenhäuser, in denen das Material gelagert wurde. Jedes dieser wenigen Grillfeste kostete locker tausende von Franken. Immerhin bezahlten wir das Bier und die Wurst selbst. Das wichtigste Thema ist aber die Partizipation. Dieses Wort braucht der Stadtrat immer wieder gerne. Hier wurde die Partizipation mit Füßen getreten. Von den fünf geplanten Standorten mussten zwei wegen Rekursen, unter anderem von der grünen Altstadträtin Monika Stocker, zurückgezogen werden. Bei den drei verbliebenen Standorten wurden Befragungs-Apparate aufgestellt. In der Medienmitteilung wurde festgehalten, dass die «verwendeten Befragungsmethoden auf Selbstselektion der Teilnehmenden beruhen und deshalb in ihrer Repräsentativität begrenzt sind». Das heisst, dass man eigentlich keine Ahnung hat. Auch bei den drei verbliebenen Standorten sagte die Mehrheit bei einem, dass sie das nicht wolle; bei zwei Standorten war das Feedback positiv. Wir im Quartierverein Wiedikon machen Partizipation so, wie sie sein sollte. Wir druckten Talons, verteilten sie in Briefkästen und fragten, was die Bevölkerung davon halte. Das Feedback war negativ. Die Stadt sprach nicht mit der Bevölkerung, sondern stellte eine Umfrage auf surveymonkey.de und brauchte das als Beispiel dafür, dass man Feedback erhielt. Symptomatisch ist das Votum von STR Richard Wolff. Er machte am 1. Dezember einen Witz, als er das Parlament mit «liebe Untertanen» ansprach. Ich habe den Eindruck, dass Partizipation dann ist, wenn es der Stadtrat will – und wenn es die Untertanen nicht wollen, dann macht man es trotzdem.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit unterstützt die weitere Durchführung des Projekts «Brings uf d'Strass!». Persönlich kam ich in diesem Jahr an einer Strasse vorbei, an der ein Anlass stattfand. Es war an der Konradstrasse und mir viel die positive Stimmung auf und wie viele Leute auf der Strasse waren. Es herrschte ein gutes Klima und ich fragte mich, wieso das nicht schon lange durchgeführt wurde. Ich habe die Kritik von Flurin Capaul (FDP) gehört und vernahm sie auch via NZZ bezüglich der Gewebebetreibenden. Es gab eine Umfrage, die offenbar aus dem freisinnigen Umfeld stammte: Von

zwölf Gewerbebetreibenden waren zwei Drittel der Meinung, dass das Projekt nicht wiederholt werden solle. Das verbleibende Drittel war offensichtlich anderer Meinung. Es gibt geteilte Meinungen, aber die Kritik muss ernst genommen und für eine Verbesserung aufgenommen werden. Nicht sinnvoll ist aber, wenn das Projekt gestrichen wird, weil sich acht Gewerbebetreibende negativ geäußert haben. Die Stadt führte eine Breitere Umfrage durch und erhielt grossmehrheitlich positives Feedback.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Die Idee von «Brings uf d'Strass!» ist genial. Die Idee beruht auf einem Vorstoss von Pirmin Meyer (GLP). Die Umsetzung ist aber das Gegenteil; sie ist grauenhaft. Wenn man durch eine Publikation erfährt, dass die Strassen gesperrt werden und wenn man dem Quartier nicht den Vorlauf gibt, dass sie sich organisieren und informieren können, dann weiss ich nicht weiter. Es ist für mich unverständlich, warum der Stadtrat von sich aus sagt, wo Strassen gesperrt werden, statt die Bevölkerung aufzufordern, Standortwünsche auszusprechen. Dann würden sich auch die Rosengartenbewohner melden, denen man dann sagen müsste, dass die Rosengartenstrasse nicht geeignet ist. «Brings uf d'Strass!» ist aber ein klassisches «Bottom-up-Projekt» und nicht ein «Top-down-Projekt». So wie es der Stadtrat aufgegleist hatte, kann die GLP nicht hinter dem Projekt stehen. In der ersten Lesung stellten wir die simple Frage, auf welchen Strassen das Projekt geplant sei. Danach kam die Medienmitteilung des Stadtrats: Alles sei tiptopp, wo das Projekt durchgeführt werden solle, sei nicht bekannt. Wenn jetzt wieder ein Vierteljahr gewartet und der Bevölkerung im Mai 2022 gesagt wird, welche Strassen gesperrt werden, dann hat die Bevölkerung die Sommerferien bereits gebucht und sich anderweitig organisiert. Jetzt oder vor zwei Wochen wäre der Zeitpunkt, an dem man ankünden sollte, wo das Projekt stattfinden wird. Nur so hat das Quartier Vorlauf. Das ist der Grund, warum wir das Geld im Budget nicht brauchen: Jetzt sind wir eigentlich bereits zu spät.

Susanne Brunner (SVP): Wir sind in der Budgetdebatte Teil II. Alle, die bereits am Mittwoch dabei und aufmerksam waren, erinnern sich gut, welche Parteien sich als Gewerbeparteien inszeniert haben. Die einen Parteien verstricken sich nun in Widersprüchen. Florian Utz (SP) findet, wir müssten auf die Details achten und die Planung besser machen, die Wahrnehmung sei vielleicht eine falsche gewesen und das werde schon gut. Das ist ein Irrweg. «Brings uf d'Strass!» ist ein Projekt, das «Bring das Gewerbe aus der Stadt heraus!» genannt werden könnte. Ich bin froh um die Aussage der GLP, warum sie das Geld streichen wollen. Ich musste aber auch ein wenig Naivität feststellen. Denn es geht nicht darum, ob «bottom-up» oder «top-down» geplant wird. Unabhängig von der Planung und Umsetzung gilt: wenn Strassen in unserer Stadt nicht mehr Strassen sein können, müssen Sie sich nicht fragen, warum das Gewerbe einst nicht mehr da ist. Wir müssen uns entscheiden: Wollen wir eine Stadt bleiben oder wollen wir ein Park werden, wo nur noch gewohnt werden kann, wo kein Geld mehr verdient wird? Die SVP beanstandete von Anfang an, dass «Brings uf d'Strass!» nicht mit dem Gewerbe in Einklang gebracht werden kann. Strassenraum zu sperren und umzunutzen ist langfristig schädlich. Wenn wir diesen Weg beschreiten, wird die Stadt ärmer, weil sie kein Gewerbe, keine Gastronomie, keine Lebendigkeit und keine Wertschöpfung mehr hat.

Derek Richter (SVP): Beim Projekt «Brings uf d'Strass!» kann man von einem Flop sprechen. Der Stadtrat wurde von einer ehemaligen Stadträtin vorgeführt, sodass zwei von fünf Strassen aus dem Projekt fielen. Bei den verbliebenen drei Strassen waren 50 Prozent der Befragten gegen das Projekt, so bei der Fritschistrasse. Diverse Leute wurden behindert: Pizzakuriere, Taxichauffeure und auch die Anwohner, die nicht auf ihre Parkplätze, wofür sie Parkkarten bezahlen, fahren konnten. Auch das Gewerbe wurde behindert. Eine grosse Tageszeitung an der Falkenstrasse titelte: «Man gibt Geld

aus, um die letzten Quartierläden zu killen.» Nicht publiziert wurde, dass sogar einmal eine Ambulanz bei einem Blaulichteinsatz behindert wurde. Florian Utz (SP) stellte die Sozialdemokraten am Mittwoch als die grosse Gewerbspartei hin. Lassen Sie Ihren Worten Taten folgen und wechseln Sie in die Minderheit.

Urs Riklin (Grüne): Es gibt eine grosse Einigkeit, dass das Projekt «Brings uf d'Strass!» nicht optimal ablief und dass nicht alle Erwartungen in Erfüllung gingen. Es zeigt sich, dass es eine gewisse Diskrepanz zwischen der Begleitkommunikation des TAZ und der persönlichen Wahrnehmung des Projekts gibt. Wir ziehen allerdings sehr unterschiedliche Schlüsse. Während die SVP und die FDP lieber freie Fahrt für ins Auto eingesperrte Bürger wollen, gehen wir konstruktiver an die Sache. «Brings uf d'Strass!» brachte zumindest einen grossen Erfolg: Die Strassen, wo das Projekt durchgeführt wurde, waren vom Verkehrslärm befreit und der öffentliche Grund war nicht mit 1,5 Tonnen schweren Blechdosen zugestellt. Das Projekt sollte nicht abgesagt, sondern in neuer Form aufgegleist werden. Wir wollen, dass weiterhin ausprobiert wird, wie es sinnvoll umgesetzt werden kann. Es ist wichtig, dass man aus den Erfahrungen und den verschiedenen Settings der drei Strassen lernt. Wir haben ein paar Hinweise, wie genauer hingeschaut werden soll. Es ist schwierig, ein solches Projekt während nur fünf Wochen in den Sommerferien laufen zu lassen. Ich kann mir vorstellen, dass eine Ausdehnung auf fünf Monate sinnvoller ist, damit genügend Zeit vorhanden ist, um sich dem neu geschaffenen Strassenraum zu widmen. Man konnte sehen, dass das Projekt mit einem Korsett angegangen wurde: die gesperrten Strassen konnten nötigenfalls mit einem Automobil durchfahren werden. Ich kann mir vorstellen, dass mit einer kreativeren Möblierung und einem weniger rigiden Umgang mit den abgesperrten Strassen mehr Leben eingebracht werden kann. Das Wichtigste ist eine bessere Kommunikation mit mehr Vorlauf. Nicht zuletzt soll es mehr «bottom-up» als «top-down» sein. Auch darf Witikon nicht vergessen werden, damit auch dort ein solches Projekt durchgeführt werden kann. Die Gewerbe-Umfrage, die im Dunstkreis von Flurin Capaul (FDP) und Alexander Brunner (FDP) durchgeführt wurde, hätte mich sehr interessiert und ich hätte gerne mehr Einblick. Sie lässt nämlich einige Fragen offen. Das Gewerbe sagte, dass es weniger Umsatz machte. War es weniger Umsatz im Vergleich zum Vorjahr oder weil nach einem Shutdown endlich alle wieder in die Sommerferien reisen konnten? Es war schlechtes Wetter im Sommer 2021, viele Läden machten weniger Umsatz und viele Leute waren verreist. Auch hören wir immer wieder, dass dort, wo das Auto nicht fahren kann, das Gewerbe leidet; als ich frisch in den Gemeinderat kam, fiel das Beispiel «Chäs Vreneli» am Münsterhof. Ich kann Sie beruhigen: Seit die Parkplätze am Münsterhof verschwanden, floriert das Gewerbe richtig. Dieter Meier hat beispielsweise einen neuen Schokoladenladen eröffnet und die St. Jakob Bäckerei zieht in das ehemalige Lokal des «Chäs Vreneli». Es scheint das Gegenteil einzutreten, als von der rechten Seite befürchtet wird. Darum finden wir es richtig, wenn das Projekt «Brings uf d'Strass!» neu gedacht, besser vorgegangen und so die Qualität gesteigert wird, und ein gutes Projekt entsteht.

Flurin Capaul (FDP): Wir haben mit den Leuten vor Ort und allen Gewerblern gesprochen, nicht nur online Umfragen gemacht. Gerne stellen wir diese Daten zur Verfügung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Eigentlich ist es verrückt, wie ein paar Meter Strasse ein riesiges Thema werden, sodass auch die NZZ seitenweise hergibt, um darüber herzuziehen, und auch der Gemeinderat eine grössere Geschichte daraus macht. Ich war oft an diesen drei Strassen. Es waren jeweils hundert bis zweihundert Meter auf Nebenstrassen, die nicht stark befahren sind und während fünf Wochen während den Sommerferienverkehrsberuhigt wurden. Sehr, sehr viele Leute haben vom Projekt also überhaupt nichts

mitbekommen. «Brings uf d'Strass!» hatte von Anfang an das Ziel, ausgewählte Quartierstrassen für die Bewohnerinnen und Bewohner und auch für das Gewerbe vielfältig nutzbar zu machen. Es ist ein Angebot, dass jede und jeder annehmen konnte oder nicht. Damit die Vielfalt aber überhaupt entstehen konnte, mussten wir zuerst Platz schaffen – auch im Kopf. Die Gewohnheit, den vorhandenen Platz als Parkplatz zu nutzen, musste zuerst aus den Köpfen raus. Zurückgeblieben sind nutzungsoffene Strassen mit einer minimalen Grundausstattung, wie beispielsweise einer Glesskanne, um Möglichkeiten zum Gärtnern zu schaffen, zum Grillieren, zum Velo reinigen, zum Tischtennis spielen oder zum Verweilen. Im Grunde genommen haben wir das staatlich verordnete Nutzungskorsett entfernt und Platz für die freie Entfaltung geschaffen, wie das auch im FDP-Parteiprogramm festgehalten ist. Menschen reagieren häufig sehr unterschiedlich auf die Möglichkeit, sich frei zu entfalten. Die einen erleben bei zu wenigen Vorgaben einen Horror. Der Horror vacui löst bei ihnen den dringenden Wunsch aus, die Leere schnellstmöglich zu füllen. Im vorliegenden Fall am liebsten mit parkierten Autos. Andere sehen in der Leere die Chance, kreativ zu werden, etwas Neues entstehen zu lassen, das den eigenen Bedürfnissen entspricht. Das ist unser Ziel mit «Brings uf d'Strass!». Leider regnete es häufig. Wir wollten den Quartierbewohnerinnen, den Quartierbewohnern und dem Gewerbe den Platz und die Möglichkeit geben, sich zu entfalten – die Leere mit eigenen Inhalten zu füllen und den Raum nach eigenen Bedürfnissen in Beschlag zu nehmen. Genau das haben etliche Anwohnende und Gewerbebetreibende gemacht. Auf der leeren Fläche traf man sich, man sprach miteinander, setzte sich, ass etwas, jemand machte Kaffee oder Eistee, jemand brachte Stühle, andere einen Tisch, Dritte einen Grill. Kinder spielten und am Abend trank man etwas zusammen. Das alles geschah planlos ohne staatliche Eingriffe, ganz liberal. Es war ein Versuch. Es war ein Test für etwas Neues. Es war das Gegenteil von dem, das vorher dort war. Etwa zwei Drittel der Rückmeldungen beurteilten das Projekt positiv. Natürlich waren die Strassen weniger belebt als beispielsweise an einem Volksfest. Sie waren aber auch nicht weniger belebt als mit parkierten Autos. Natürlich gab es nicht am Vormittag ein Fest oder ein grosses Stelldichein oder eine Tanzveranstaltung am Nachmittag. Auch in Italien trifft man sich meist erst am Abend auf der Piazza. Trotzdem nahmen die Menschen auf der Rotwand-, der Fritschi- und der Konradstrasse ihre Strassen nach und nach in Beschlag und sie genossen es. Das zeigen unsere Beobachtungen und die Auswertungen unserer Umfragen und Interviews vor Ort. Platz statt Parkplatz war für viele eine Bereicherung. Natürlich war nicht alles gut. Beispielsweise war die Ankündigung zu kurzfristig. Das wollen wir das nächste Mal besser machen. Das Gewerbe wusste spätestens im Mai, also zwei Monate im Voraus, via Medienkonferenz und Medienmitteilung, dass die Aktion «Brings uf d'Strass!» kommen wird. Wir wiesen sie explizit daraufhin, dass sie während den Sommerferien ihre Angebote öffentlich präsentieren können. Es gab Gewerbebetreibende, die das Projekt explizit lobten. Von zwei Restaurants erhielten wir die Rückmeldung, dass sie mehr Umsatz gemacht haben, weil viele Leute das Essen auf den Sitzmöbeln auf der Strasse in entspannter Atmosphäre genossen haben. Wir nehmen die Kritik aber an, vor allem die Kritik, dass zu wenig «bottom-up» vorgegangen wurde. Wir wollen unsere Kommunikation auch mit den Gewerbebetreibenden verbessern. Wir brauchen das Gewerbe in der Stadt, es ist uns wichtig. Es muss in Zürich möglich bleiben, Neues auszuprobieren. Man kann nicht nach den ersten fünf verregneten Wochen sagen, dass alles Mist war und das Projekt nie mehr wiederholt werden solle. Wir wollen es wiederholen und wir wollen es verbessern. Wenn nach mehreren Versuchen festgestellt wird, dass es nicht funktioniert, dann wird das Projekt nicht mehr weitergeführt. Menschen sollen die Möglichkeit haben, ihren Aussenraum zu gestalten.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Balsiger (SVP): Zuerst erklärten Sie uns in blumigen Worten das italienische Leben, das in den Strassen anscheinend stattfand. Danach sagten Sie, dass nur weil es

verregnet war und niemand auf der Strasse war, könne das Projekt nicht eingestellt werden. Was ist nun die Wahrheit? War es das italienische Leben auf den Zürcher Strassen oder scheiterte das Projekt und niemand war auf den verregneten Strassen? In diesem Sommer war nicht immer alles verregnet. Ich fuhr ein paar Mal im besten Sommer-Gefühl im kurzen Hemd und kurzen Hosen auf einem E-Scooter durch diese Strassen und wunderte mich immer, dass es keine Leute hat. Ich dachte, dass nun Parkplätze abgebaut werden und die Strassen der linken Bevölkerung gegeben werden, dass sich das etablieren wird und dass am Ende die Strassen von Autos und Parkplätzen befreit sind. Ich dachte erst, dass das funktionieren könnte und war dann überrascht, dass die Strassen nicht belebt waren. Im besten Sommerwetter war niemand auf diesen Strassen. Das Projekt scheiterte, weil niemand auf den Strassen war.

Susanne Brunner (SVP): Ich komme mir wie im falschen Film vor und ich bin nicht sicher, ob Sie, STR Richard Wolff, noch bei uns sind. Sie beschrieben uns eindrücklich, dass Eistee gemacht und getrunken wurde, dass Gespräche stattfanden. Sie haben uns mit schönsten Worten das Dorfleben geschildert. Zürich ist aber kein Dorf und in der Stadt findet kein Dorfleben statt. Es ist die grösste Stadt im Land und wir müssen dafür sorgen, dass sie das bleibt. Beim Gewerbe sind Sie nicht ganz mit den Realitäten vertraut und auch nicht mit dem, was in den letzten zwei Jahren im Rahmen der Corona-Pandemie geschah. Bund, Kanton und auch wir im Parlament zeigten uns grosszügig in den letzten zwei Budgetdebatten und entlasteten das Gewerbe richtigerweise. Die Unternehmen und das Gewerbe wurden wegen Umsatz- und Einnahmenausfällen aufgrund der Corona-Pandemie mit vielen Milliarden und Millionen Franken unterstützt. Daraufhin sperrt die Stadt im Sommer 2021 Strassen. Es hilft dabei nicht, wenn man dem Gewerbe zwei Monate im Voraus ankündigt, dass sie in zwei Monaten weniger Umsatz haben werden. Die Löcher in den Büchern bleiben. Dagegen wehren wir uns. So können wir das Gewerbe nicht behandeln. Natürlich sind die romantischen Vorstellungen vom Dorfleben schön. Aber wir müssen uns in der Stadt entscheiden, was wir sein wollen. Wollen wir die Wirtschaftsmetropole dieses Landes und eine Stadt mit vitalem Leben sein? Wollen wir eine Pluralität, ein Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten? Wollen wir die Vielseitigkeit und Vitalität bewahren? Dann müssen wir aufhören, den Verkehr abzuwürgen. Strassenraum ist nicht Raum, der umgenutzt und wie ein Wohnzimmer oder eine Piazza ummöbliert werden kann. In den Dörfern in Italien sind die Strassen Raum für Mobilität. Zürich braucht Mobilität.

Andreas Egli (FDP): Was wir von STR Richard Wolff gehört haben, wäre früher als Comedy bezeichnet worden. Er brauchte sieben Minuten, um uns mit Fake News zu beglücken und stolz darauf zu sein, was veranstaltet wurde. Er ist besonders stolz darauf, dass das Ganze planlos – ich hatte auch diesen Eindruck – und mit einfachsten Mitteln vonstatten ging. Dann frage ich mich, warum es jetzt zwei Kürzungsanträge braucht. Es sind 250 000 Franken und 180 000 Franken, was nahezu einer halben Million Franken entspricht, die für etwas eingesetzt werden sollen, das planlos abläuft und über ein paar Meter hinaus nicht wirklich eine Wirkung hat. STR Richard Wolff sagte, er sei sehr froh um den freien Platz, der geschaffen wird und dass er darin eine Chance sieht. Für den Platz, den er freimacht, sehen wir tatsächlich auch eine Chance.

S. 258	35 3515 3101 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Betriebs-, Verbrauchsmaterial				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
074.	Antrag Stadtrat				3 425 000	Mehrheit
						Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
			250 000		3 175 000	Minderheit
						Severin Pflüger (FDP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Verzicht auf Aktion «Bring's uf d'Strass»			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 075.

Wortmeldungen siehe Antrag 074.

S. 258	35 3515 3132 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
075.	Antrag Stadtrat				6 465 100	Mehrheit
						Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
			180 000		6 285 100	Minderheit
						Severin Pflüger (FDP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Verzicht auf Aktion «Bring's uf d'Strass»			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 076.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Florian Utz (SP): Der Veloverkehr nahm in den letzten Jahren sehr deutlich zu. In den letzten acht Jahren verdoppelte er sich. Diesem Umstand muss die Infrastruktur Rechnung tragen. Das gilt zunächst für sichere Velorouten. Das Velo muss natürlich auch

parkiert oder abgestellt werden. Dabei hinkt die Infrastruktur der Nachfrage bereits deutlich hinterher. Die Folge davon ist, dass viele Abstellanlagen überlastet sind und deshalb häufig Velos auf dem Trottoir abgestellt werden, oder wo sie sonst Platz haben. Dabei sind sie den Fussgängerinnen und Fussgängern im Weg. Wir schlagen deshalb vor, die Infrastruktur zu verbessern. Mit dem Antrag wollten wir 1000 zusätzliche Abstellplätze ermöglichen und das entsprechende Geld ins Budget stellen, damit das Tiefbauamt die zusätzlichen Abstellplätze umsetzen kann. Nun fanden wir einen konstruktiven Kompromiss mit der AL. Ich halbiere deshalb unseren Antrag auf 550 000 Franken und 500 Abstellplätze. Das wird einer Erhöhung von rund einem Prozent entsprechen.

Johann Widmer (SVP): *Es ist ein typischer Wunschkonzert-Antrag. Die Mehrheit der RPK folgt dem Wunsch nicht und stimmt mit dem Stadtrat. Ich hätte lieber 1000 zusätzliche Autoparkplätze – Platz dafür haben wir. Auf den überdimensionierten 1,8 Meter breiten Velostreifen könnten wir viele Autos abstellen. Weniger Veloparkplätze würde auch weniger Velos in der Stadt bedeuten. Sie behindern den öffentlichen Verkehr und den MIV und überfahren alle Rotlichter.*

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Ich bin etwas über das Votum von Florian Utz (SP) erschrocken, dass wir dem Stadtrat mit dem Budgetantrag einen politischen Auftrag erteilen würden, Veloabstellplätze zu bauen. Ich bin der Meinung, dass der politische Auftrag spätestens mit dem Gegenvorschlag zur damaligen grünen Initiative erteilt wurde, in dem explizit Veloabstellanlagen festgehalten waren. Wenn der Stadtrat den politischen Auftrag bisher nicht hätte, würde er seit einem Jahr höchst illegal handeln – weil er bei jedem Strassenbauprojekt mindestens zehn und eher mehr Veloabstellplätze schafft. Daher sehe ich den Mehrbedarf nicht. Ich glaube, dass bereits sehr viele Veloabstellplätze geschaffen werden. Wir bräuchten beispielsweise bei den Bahnhöfen und den grossen Zentren mehr Veloabstellplätze. Indem aber die Stationen günstiger gemacht wurden, sorgte er dort für einen höheren Bedarf, weshalb wir wiederum investieren müssen. Das kann aber nicht mit 500 000 Franken im Budget erreicht werden. Ich hoffe, dass ich mein Velo auch in Zukunft auf dem Trottoir abstellen kann und nicht immer einen Abstellplatz suchen muss. Wenn das der Fall wäre, bräuchten wir Investitionen von 100 Millionen Franken.*

Walter Angst (AL): *Wir stimmen der Hälfte des Betrags zu, aber auch nicht, damit nur noch auf einem Veloparkplatz abgestellt werden darf. Es gab einst einen Vorstoss von Rebekka Wyler (SP), der unterbinden wollte, dass das Velo irgendwo hingestellt werden darf. Ich bin ein häufiger Velofahrer und ich stelle das Velo nie mitten auf das Trottoir, aber immer schön an den Rand. Das ist, glaube ich, der wichtigste Veloparkplatzraum, den wir in der Stadt haben und das soll so bleiben.*

Cathrine Pauli (FDP): *Ich will als überzeugte Velofahrerin und bürgerliche Politikerin ein kurzes Votum halten. Es geht nicht immer nur um den Abbau von Parkplätzen. Ich beobachte sehr intensiv, wie stark Velofahrer Parkplätze brauchen. Dazu eine Anekdote aus meiner Zeit in der Besonderen Kommission SLÖBA/V im Rathaus. Schräg gegenüber hat es einen Veloparkplatz, der immer leer ist. Ich war glaube ich die Einzige, die das Velo dort parkierte, während die ganzen linken Ratsrepräsentanten der Kommission direkt vor dem Rathaus parkierten. Das ist ein Beispiel dafür, wie vorhandene Veloparkplätze nicht gebraucht werden. Jetzt werden 500 Abstellplätze gefordert, die uns eine halbe Million Franken kosten – das ist absurd.*

Stephan Iten (SVP): *Ich musste schmunzeln, als Florian Utz (SP) von der Verdopplung des Veloverkehrs sprach. Es stimmt, er hat sich verdoppelt – von zwei auf vier Prozent.*

Diese «deutliche Zunahme» ist nicht das, was Ihr euch wünscht und vorstellt. Es ist nicht das erste Mal, dass dem Stadtrat der Auftrag für die Erstellung von Abstellplätzen erteilt wird. Am Bahnhof Stadelhofen und bei der Sihlpost fordert Ihr jeweils 1000 Abstellplätze. Was geschah? Nicht ein einziger Abstellplatz wurde erstellt. Mit dem Budgetantrag habt Ihr nun das Gefühl, dass der Stadtrat Veloabstellplätze erstellen wird. Ich weiss nicht, in welcher Welt Ihr lebt. Parkplätze der Blauen Zone werden mit der Begründung abgebaut, dass in der Parkplatzverordnung festgehalten ist, dass Parkplätze auf privatem Grund zur Verfügung gestellt werden müssen und es deswegen auf öffentlichem Grund keine Parkplätze mehr braucht. In der Parkplatzverordnung ist aber ebenfalls geregelt, dass die Veloabstellplätze auf privatem Grund erstellt werden müssen. Das wird aber anders behandelt. Bei den Autoparkplätzen sei es ein gesteigerter Gemeingebrauch, weshalb Gebühren verlangt werden können. Aber bei Veloabstellplätzen soll es sich nicht um gesteigerten Gemeingebrauch handeln. Es braucht ein Konzept und allenfalls sollten Parkgebühren für Veloabstellplätze verlangt werden. Alle Jahre wieder müssen wir dem Tiefbauamt mehr Geld zusprechen. Und jedes Jahr erfahren wir, dass nichts geschehen wird. Mit einem politischen Auftrag ist noch nichts erreicht.

S. 258	35 3515 3141 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Unterhalt Strassen und Verkehrswege				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
076.	Antrag Stadtrat				17 300 000	Mehrheit
				550 000	17 850 000	Minderheit
						Johann Widmer (SVP) Referent, Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP)
						Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
			Begründung: Erstellung von 500 zusätzlichen Veloabstellplätzen			

Florian Utz (SP) beantragt für den Antrag der Minderheit neu eine Erhöhung um 550 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 69 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 077.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Felix Moser (Grüne): Bäume sorgen an heissen Tagen für Kühlung. Sie spenden Schatten und indem sie Wasser verdunsten, wird die Luft abgekühlt. Ein Baum kann so viel zur Kühlung beitragen, wie zehn Klimaanlage. Die Temperatur unter einem Baum ist bis zu 15 Grad kühler als nebenan. Die Pflanzung von Bäumen ist darum ein wichtiger Beitrag zur Hitzeminderung. Die Stadt erwärmt sich mehr und mehr, an heissen Tagen ist es manchmal unerträglich. Wo es keine Bäume hat, ist das besonders stark

spürbar. Darum sollen in der Stadt mehr Bäume gepflanzt werden. Grün Stadt Zürich (GSZ) hatte für die Jahre 2021 und 2022 die Pflanzung von je 600 neuen Bäumen beschlossen. Im Juli 2021 gab es den denkwürdigen Sturm «Bernd», der so viele Schäden hinterliess, dass keine Zeit mehr blieb, um die 600 Bäume zu pflanzen; es reichte nur für 400 Stück. Mit dem Antrag soll die Pflanzung der fehlenden 200 Bäume nachgeholt werden. Das ist gut möglich, sofern nicht wieder ein grosser Sturm kommt und die Mitarbeiter von GSZ beschäftigt. Sinnvoll ist es, weil Bäume eine lange Zeit brauchen, bis sie gross und willkommene Schattenspender in den heissen Sommermonaten sind.

Johann Widmer (SVP): Die Minderheit der RPK wünscht keinen Übertrag von zu pflanzenden Bäumen und geht mit dem Stadtrat.

S. 141	35 3570 PG 1	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Grün Stadt Zürich Park- und Grünanlagen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
077.	Antrag Stadtrat				47 940 700	Minderheit
						Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP)
				300 000	48 240 700	Mehrheit
						Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
						Enthaltung Walter Angst (AL)
		Begründung:	Pflanzung von 200 zusätzlichen neuen Bäumen, deren Pflanzung schon im Jahr 2021 vorgesehen war, aber wegen den extremen Wetterereignissen nicht ausgeführt werden konnte			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 078. bis 081.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sebastian Vogel (FDP): Wenn bei Grün Stadt Zürich (GSZ) eine Kürzung um 12 Millionen Franken beantragt wird, bedarf das einer Erläuterung. Was nach sehr viel aussieht, ist nichts anderes als ein langsames Zurückkommen auf den Stand des Jahres 2018. Mit unserer Unterstützung hat sich das Budget von GSZ in diesem Zeitraum explosionsartig erhöht. Hat sich die Stadt flächenmässig vergrössert? Sind die Herausforderungen derart grösser geworden? Machen sich die Auswirkungen vom Klimawandel erst seit dann bemerkbar? Ich kann mich erinnern, wie die erste grössere Budgeterhöhung in diesem Zeitraum damit begründet wurde, dass die Nutzung der Erholungsflächen durch das Bevölkerungswachstum zugenommen habe und man den zusätzlichen Stellen deshalb zustimmen solle. Eine Entlastung des bisherigen Personals sei bitter nötig. Wäre es doch nur bei dieser einen sanften Budgeterhöhung geblieben. Die FDP will klarstel-

len, dass wir die Arbeit von Grün Stadt Zürich grösstenteils als sehr gründlich und gewissenhaft schätzen. Es ist auch nicht so, dass wir den politischen Vorsteher dieser Dienstabteilung STR Richard Wolff für die Kostenexplosion verantwortlich machen. Schuld sind wir als städtisches Parlament. Wir von der FDP nehmen uns nicht aus. Auch unser Herz schlägt grün und wir sind an einer starken Dienstabteilung GSZ interessiert. Im Rahmen der grünen Welle wurden sehr viele Anträge und Wünsche des Gemeinderats eingebracht. Für all diese Aufträge wurden grosszügig finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Man hat sich dabei im Gemeinderat komplett von der Vorstellung entfernt, dass sich auch Grün Stadt Zürich die Frage stellen sollte, wie die Anträge des Gemeinderats so umgesetzt werden können, dass es finanziell keine oder zumindest weniger Auswirkungen hat. Wir von der FDP hätten konkrete, kreative Vorschläge, wie man beispielsweise günstig lokale Hitzeminderungen erwirken kann. Statt teure Beratungen zu Vertikalbegrünungen einzukaufen, sollte man Schlingpflanzen bei Mauern, Strassenlaternen und zahlreichen Zäunen bei den Pausenplätzen und Sportanlagen wachsen lassen. Auch ein überteuerter «jardin sauvage» mitten in Zürich – einer Stadt, in der man überall innert Minuten in schönen Naturwäldern ist – muss nicht sein. Das geht für uns in Richtung «l'art pour l'art» und steht sinnbildlich für die Verschwendung von Steuergeldern. Natur sollte nicht auf dem Reissbrett geplant werden. Es stört uns, dass bei Grün Stadt Zürich immer mehr Arbeiten, Gärtnerarbeiten und Werkstattarbeiten intern vergeben werden. Als Partei, für die der Gewerbler kein Sklaventreiber ist, sind wir klar der Meinung, dass dem entgegengewirkt werden muss. Denn das führt langfristig zu Mehrkosten und zu Wasserköpfen. Unsere zahlreichen Schriftlichen Anfragen zu GSZ haben gezeigt, dass auch bei Grün Stadt Zürich die Art von Pflanzen gut gedeihen kann; Stichwort Orchideensammlung. Lassen Sie uns das grösstenteils gut gemeinte, aber doch planlose Wachstum stoppen. Die FDP stimmte zwar in den letzten Jahren dem Aufgabenwachstum von Grün Stadt Zürich zu. Jetzt sind wir aber bereit, den schmerzhaften Weg zu gehen und einen Neuanfang einzuleiten.

Florian Utz (SP): Aus der Begründung hörte ich das legitime Anliegen, dass Grün Stadt Zürich mehr Aufträge ans Gewerbe vergeben sollte. Wenn diese Aufträge aber entsprechend vergütet werden sollen, sollte das Budget nicht um 12 Millionen Franken gekürzt werden. Daher erschliesst sich mir nicht, warum die 12 Millionen Franken nicht gesprochen werden sollen. Bei der PG 2 gibt es einen Schwerpunkt, bei dem mit Abstand am meisten gekürzt werden soll: um knapp 30 Prozent von 14 Millionen Franken auf 10 Millionen Franken. Dahinter verbergen sich die Themen Wald, Landwirtschaft und Pachten. Es geht um die Pflege des Waldes, um den Unterhalt des Wegnetzes in den Wäldern und auch um den Schutz der Bevölkerung vor Naturgefahren. Wie hier 30 Prozent gespart werden sollen, erschliesst sich der Mehrheit nicht. Das schliesst nicht aus, dass es an einzelnen Orten ein Kürzungs- oder Sparpotenzial gibt und wir von der SP sind offen, das anzuschauen. Pauschal das Budget so stark zu reduzieren, sieht die Mehrheit nicht.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Man will langsam auf den Stand des Jahres 2018 zurückkommen und Sebastian Vogel (FDP) fragt, ob sich seit damals etwas verändert hat in der Welt. Das ist das Problem von jenen, die nicht erkannt haben, was sich seit dem Jahr 2018 alles verändert hat. Wir haben ein weltweit verändertes Bewusstsein für die Klimaproblematik, das hat sich verändert. Das Problem ist nicht, dass sich nichts verändert hat. Das Problem ist, dass Ihr die Veränderungen nicht erkennt und nicht seht, dass wir in Richtung Klimaneutralität und Netto-Null gehen müssen; dass wir Massnahmen für die Hitzeminderung ergreifen und mehr Bäume pflanzen müssen; dass wir viel mehr tun müssen, um die Ziele zu erreichen, die global von allen auf der Welt verlangt werden.

Zürich geht in die richtige Richtung und das kostet etwas. Wir haben massiv mehr Aufträge, Pflichten und Aufgaben, die wir umsetzen müssen. Dafür brauchen wir das Geld und wir weisen das detailliert aus. Sie haben konkrete Beispiele vom Mehraufwand in den Strassen, auf den Plätzen, in den Wäldern. Davon profitieren wir alle.

S. 141	35 3570 PG 1	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Grün Stadt Zürich Park- und Grünanlagen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
078.	Antrag Stadtrat				47 940 700	Mehrheit
			4 000 000		43 940 700	Minderheit
						Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
						Severin Pflüger (FDP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Der Saldo von Grün Stadt Zürich ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen, denn es mangelt an einer Priorisierung.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 32 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 079.

Wortmeldungen siehe Antrag 078.

S. 141	35 3570 PG 2	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Grün Stadt Zürich Wald, Landwirtschaft und Pachten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
079.	Antrag Stadtrat				13 993 200	Mehrheit
			4 000 000		9 993 200	Minderheit
						Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
						Severin Pflüger (FDP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Der Saldo von Grün Stadt Zürich ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen, denn es mangelt an einer Priorisierung.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 28 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 080.

Wortmeldungen siehe Antrag 078.

S. 141	35 3570 PG 3	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Grün Stadt Zürich Naturförderung und Bildung				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
080.	Antrag Stadtrat			17 117 400	Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		3 000 000		14 117 400	Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Der Saldo von Grün Stadt Zürich ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen, denn es mangelt an einer Priorisierung.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 28 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 081.

Wortmeldungen siehe Antrag 078.

S. 141	35 3570 PG 4	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Grün Stadt Zürich Planung und Beratung				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
081.	Antrag Stadtrat			6 531 300	Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		1 000 000		5 531 300	Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Der Saldo von Grün Stadt Zürich ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen, denn es mangelt an einer Priorisierung.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 31 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 177, Beschluss-Nr. 4709/2021).

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 10. Dezember 2021, 17 Uhr.